c) die unterirdische behälterlose Speicherung von Gasen und Flüssigkeiten natürlichen oder künstlichen Ursprungs (im folgenden unterirdische Speicherung genannt) sowie

off die Arbeiten, die nach Beendigung der Untersuchungs- und Gewinnungsarbeiten sowie der unterirdischen Speicherung erforderlich sind zur Wiedernutzbarmachung von Bodenflächen oder zur Sicherung und Verwahrung stillgelegter bergbaulicher Anlagen (im folgenden Sanierungsarbeiten genannt).

§ 2

(1) Mineralische Rohstoffe im Sinne dieses Gesetzes sind die festen, flüssigen und gasförmigen natürlichen Bestandteile der Erdkruste sowie die Bestandteile von Halden und Rückständen der Aufbereitung, soweit die Bestandteile gegenwärtig oder in Zukunft volkswirtschaftlich genutzt werden können. Ausgenommen ist der Boden als die belebte Verwitterungsrinde der Erdkruste.

(2) Lagerstätten sind räumlich begrenzte Abschnitte der Erdkruste, in denen natürliche Konzentrationen von mineralischen Rohstoffen (Lagerstättenvorräte) enthalten sind. Halden und Rückstände der Aufbereitung, die mineralische Rohstoffe enthalten, sind wie Lagerstätten zu behandeln.

§ 3

Mineralische Rohstoffe, deren Nutzung von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, sind Bodenschätze und — unabhängig vom Grundeigentum — Volkseigentum.

§ 4

Wasser unterliegt diesem Gesetz nur, wenn es als Mineral- oder Heilwasser auftritt oder wenn Grundwasserlagerstätten erkundet werden. Im übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz, die Nutzung und die Instandhaltung der Gewässer.

II.

Untersuchungs- und Gewinnungsarbeiten, unterirdische Speicherung, Sanierungsarbeiten

§ 3

(1) Das Recht zu Untersuchungsarbeiten (Untersuchungsrecht), zu Gewinnungsarbeiten (Gewinnungsrecht) und zur unterirdischen Speicherung (Speicherrecht) steht dem Staat zu.

(2) Das Untersuchungs-, Gewinnungs- und Speicherrecht wird grundsätzlich durch staatliche Organe oder volkseigene Betriebe ausgeübt. Untersuchungs- und Gewinnungsarbeiten sowie die unterirdische Speicherung dürfen nur im Rahmen der betrieblichen Pläne auf der Grundlage der staatlichen Plankennziffern durchgeführt werden. Vor Aufnahme der Untersuchungsarbeiten hat das staatliche Organ oder der ausübende volkseigene Betrieb die Abstimmung mit dem Rat des Bezirkes herbeizuführen.

(3) Die staatlichen Organe können das Gewinnungsrecht genossenschaftlichen oder anderen sozialistischen Einrichtungen übertragen.

(4) Das Gewinnungsrecht an mineralischen Rohstoffen, die nicht unter § 3 fallen, kann durch die staatlichen Organe auch an Betriebe mit staatlicher Beteiligung sowie an private Industrie- und Handwerksbetriebe übertragen werden.

§ 6

Ein bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehendes Gewinnungsrecht an mineralischen Rohstoffen bleibt bestehen.

§ 7

Die Ergebnisse der Untersuchungsarbeiten sind zu dokumentieren und auszuwerten. Erkundete Lagerstättenvorräte und Speichervolumina (Aufnahmevermögen von Gesteinen zur unterirdischen Speicherung von Gasen oder Flüssigkeiten) sind zu berechnen und bedürfen der Bestätigung durch die zuständigen staatlichen Organe.

§ 8

(1) Die Lagerstättenvorräte sind entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen optimal zu nutzen.

(2) Vorratsverluste sind auf das volkswirtschaftlich vertretbare Mindestmaß zu beschränken.

§ 9

Untersuchungsarbeiten, Gewinnungsarbeiten, die unterirdische Speicherung und Sanierungsarbeiten sind so durchzuführen, daß keine Schäden auftreten, die bei Anwendung der neuesten technischen Erkenntnisse vermeidbar sind. Der Schutz vor den spezifischen Gefahren des Bergbaus, insbesondere der Schutz

- des Lebens und der Gesundheit von Personen
- der Tagesoberfläche und des öffentlichen Verkehrs
- der Lagerstätten, der speicherfähigen Gesteine, der Grubenbaue und der sonstigen bergbaulichen Anlagen

(im folgenden Bergbausicherheit genannt) ist umfassend zu gewährleisten.

§ 10

(1) Zum Vorbereiten und Durchführen der Untersuchungsarbeiten, der Gewinnungsarbeiten, der unterirdischen Speicherung und der Sanierungsarbeiten steht den gemäß §§ 5 und 6 Berechtigten das Recht zu, die dazu erforderlichen Vorrichtungen unter und über Tage zu treffen.

(2) Werden durch diese Vorrichtungen Bodenflächen, Gebäude und Anlagen dem bisherigen Nutzer entzogen oder wird ihre Nutzung beschränkt, so gilt § 12.

III.

Bergbauschutzgebiete

§ 11

(1) Zur Einordnung des Abbaus von mineralischen Rohstoffen in die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Entwicklung des Territoriums, zur langfristigen Koordinierung des Abbaus von mineralischen Rohstoffen in den betreffenden Bereichen sowie zur Abwendung gesellschaftlicher Nachteile, die sich durch